

Der Newsletter "Öffentliches Recht und Europarecht – Aktuell" informiert wöchentlich über neueste Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung im Bereich des Öffentlichen Rechts und des Europarechts

INSTITUT FÜR EUROPARECHT | INSTITUT FÜR VERWALTUNGSRECHT UND VERWALTUNGSLEHRE

Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

06/2013 08.02.2013

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

BGBI II 46/2013

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, mit der die Verordnung betreffend Arzneimittel aus menschlichem Blut geändert wird

BGBI II 47/2013

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die DAC-Verordnung "Weinviertel" geändert wird

BGBI II 48/2013

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **DAC-Verordnung "Neusiedlersee"** geändert wird

BGBI II 49/2013

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über Rebsorten für Qualitätswein, Landwein und Wein ohne geschützte Ursprungsbezeichnung oder geografische Angabe mit Rebsorten- oder Jahrgangsbezeichnung geändert wird

BGBI III 26/2013

Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend Änderungen der dem Europäischen Übereinkommen über die **internatio-**nale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstraßen (ADN) beigefügten Verordnung

II. Amtsblatt der EU

ABI C 32 v 02.02.2013, 2

Bekanntmachung des Gerichtshofs: Rechtssache C-476/12: **Vorabentscheidungsersuchen** des Oberster Gerichtshofs (**Österreich**) eingereicht am 24. Oktober 2012 — Österreichischer Gewerkschaftsbund gegen Verband Österreichischer Banken und Bankiers

ABI C 33 E v 05.02.2013, 101

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 6. Juli 2011 zum **Gesamtkonzept für den Datenschutz** in der Europäischen Union (2011/2025(INI))

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

22.11.2012, B 306/12

Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwältsanwärter; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Festsetzung der vom Rechtsanwalt zu tragenden Kosten des Disziplinarverfahrens im Hinblick auf einen rechtskräftigen Schuldspruch; kein Kostenzuspruch an die belangte Behörde

23.11.2012, B 136/12

ASVG; **Wr UnfallfürsorgeG**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch **Herabsetzung der Versehrtenrente** nach dem Wiener Unfallfürsorgegesetz 1967 infolge einer **Änderung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit**

23.11.2012, V 62/12

ASVG; **Reihungskriterien-VO**; Zurückweisung des **Individualantrags eines Facharztes** auf Aufhebung von Bestimmungen der Reihungskriterien-VO betreffend das Sonderfach Frauenheilkunde und Geburtshilfe infolge **Zumutbarkeit des gerichtlichen Rechtsweges**

23.11.2012, G 81/12

FremdenpolizeiG; Zurückweisung eines weiteren Antrags des UVS Wien auf Aufhebung von Bestimmungen des Fremdenpolizeigesetzes 2005 **mangels Präjudizialität** im Verfahren über eine Schubhaftbeschwerde bzw **mangels präziser Darlegung der Gründe** der behaupteten Verfassungswidrigkeit

04.12.2012, <u>B 283/10</u>

ASVG; **ArzneimittelG**; **VerfahrensO zur Herausgabe des Erstattungskodex**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch **Nichtaufnahme einer Arzneispezialität in den Gelben Bereich des Erstattungskodex**; denkmögliche Annahme des Vorliegens eines wirkstoffgleichen Nachfolgeproduktes

06.12.2012, B 1094/11 ua

ASVG; Wr MindestsicherungsG; Wr SozialhilfeG; keine Verletzung verfassungsgesetzliche gewährleisteter Rechte durch Versagung von Geldleistungen für den Unterkunfts-, Bekleidungs- und Heizbedarf in tatsächlicher Höhe nach dem Wr MindestsicherungsG; materielle Derogation der Regelung des Wr SozialhilfeG über Sonderbedarf auf Grund einer unbedenklichen Übergangsbestimmung des Wr MindestsicherungsG; keine Unsachlichkeit des Systems der Abde-

ckung des Lebensunterhalts durch pauschal in der Verordnung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung festgesetzten Mindeststandards

11.12.2012, B 822/11

ASVG; VerfahrensO zur **Herausgabe des Erstattungskodex**; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch **Streichung einer Arzneispezialität aus dem Gelben Bereich** des Erstattungskodex; keine rechtliche Betroffenheit von Konkurrenten durch die Aufnahme eines Generikums in den Erstattungskodex

11.12.2012, <u>B 1587/10</u>

ÄrzteG; Satzung des Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für NÖ; keine Gesetz- bzw Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen der Satzung des Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Niederösterreich betreffend eine Kürzung der Zusatzleistung für die Altersversorgung, die Rückzahlung geleisteter Beiträge und die Einhebung eines Pensionssicherungsbeitrags; kein Verstoß gegen den Vertrauensschutz im Hinblick auf die bezweckte Behebung der kapitalmäßigen Unterdeckung der Leistungsansprüche und die verzinste Beitragsrefundierung; Funktionsfähigkeit der kammereigenen ärztlichen Altersversorgung im öffentlichen Interesse gelegen; kein Verstoß der gesetzlichen Grundlage im Ärztegesetz gegen das Determinierungsgebot

B. Verwaltungsgerichtshof

18.12.2012, 2009/07/0095

WasserrechtsG; Durchführung eines Projekts zur Verbesserung der Schifffahrtsverhältnisse auf der Donau; Parteistellung des Umweltverbands W gegeben; ist eine Person, für die das zuzustellende Dokument inhaltlich bestimmt ist, durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person vertreten, so ist deren Kanzlei ausschließliche Abgabestelle; die belangte Behörde lässt sich bei verständiger Wertung des gesamten Beschwerdevorbringens unzweideutig erkennen; Projekt dient der Verbesserung der Schifffahrtsverhältnisse, dabei handelt es sich nicht um Schutz- und Regulierungswasserbauten iSd § 41 WasserrechtsG; keine UVP-Pflicht des verfahrensgegenständlichen Projekts

18.12.2012, 2012/07/0210

WasserrechtsG; wasserrechtliche Bewilligung der BVB für den Ausbau und den Betrieb einer Wasserversorgungsanlage; die **Bestellung eines nichtamtlichen SV** hat diesem gegenüber den Charakter eines verfahrensrechtlichen Bescheides, gegenüber den Parteien aber nur den Charakter einer nicht selbständig anfechtbaren Verfahrensanordnung; damit hätte die belangte Behörde die Berufung des Bf zurück- und nicht abweisen müssen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

07.02.2013, Rs C-543/10, Refcomp

Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen** – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Auslegung von Art 23 – **Gerichtsstandsvereinbarung** in einem zwischen dem Hersteller und dem ursprünglichen Erwerber eines Gegenstands geschlossenen Vertrag – Vertrag im Rahmen einer **Kette von das Eigentum übertragenden Verträgen** – Wirksamkeit dieser Vereinbarung gegenüber dem späteren Erwerber des Gegenstands

07.02.2013, Rs C-454/11, Pusts

Landwirtschaft – EAGFL – Verordnungen (EG) Nrn 1257/1999 und 817/2004 – Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums – Rückforderung zu Unrecht gezahlter Beträge – Nationale Regelung, mit der die Gewährung der Agrarumweltbeihilfe von einem jährlichen Antrag, dem bestimmte Unterlagen beizufügen sind, abhängig gemacht wird – Beihilfeempfänger, der die Verpflichtungen in Bezug auf die Bewirtschaftung der betreffenden Fläche erfüllt, aber keinen An-

trag gemäß dieser Regelung gestellt hat – Rücknahme der Beihilfe ohne Anhörung des Empfängers, wenn dieser die Vorschriften für die Beantragung von Agrarumweltbeihilfe nicht einhält

07.02.2013, Rs C-68/12, Slovenská sporiteľňa

Begriff des Kartells – Zwischen mehreren Banken getroffene Vereinbarung – Konkurrierendes Unternehmen, das auf dem relevanten Markt angeblich illegal tätig ist – Erheblichkeit – Fehlen

B. Schlussanträge

06.02.2013, Rs C-373/11, Panellinios Syndesmos Viomichanion Metapoiisis Kapnou (GA Jääskinen)

Verordnung (EG) Nr 1782/2003 – Art 69 – Gültigkeit – Verordnung (EG) Nr 795/2004 – Art 48 – **Gemeinsame Agrarpolitik** – Ergänzungszahlung für **besondere Formen der landwirtschaftlichen Tätigkeit** und der Qualitätsproduktion – Durchführung durch einen Mitgliedstaat – **Diskriminierung** – Art 2, 32, 33 und 34 EG

07.02.2013, Rs C-546/11, Toftgaard (GA Kokott)

Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Richtlinie 2000/78/EG – Verbot der Diskriminierung wegen des Alters – Nationale Bestimmung, die bei der Streichung einer Beamtenstelle die Fortzahlung der Bezüge für drei Jahre vorsieht, falls der Beamte das 65. Lebensjahr nicht vollendet hat – Ausnahme nach Art 6 Abs 2 der Richtlinie – Betriebliche Systeme der sozialen Sicherheit – Reichweite der Ausnahme – Rechtfertigung der Ungleichbehandlung nach Art 6 Abs 1 der Richtlinie

07.02.2013, Rs C-536/11, Donau Chemie ua (GA Jääskinen)

Wettbewerb – Schadensersatzklage – Beweismittel – Zulässigkeit – Einsichtnahme Dritter in die Akten eines abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Kartellverfahrens zur Stützung einer zivilrechtlichen Klage – Akteneinsichtsantrag eines Verbands, der Dritte vertritt, die möglicherweise durch ein Kartell beeinträchtigt wurden – Gesetzlicher Ausschluss der Akteneinsicht bei fehlender Zustimmung aller Parteien eines öffentlich-rechtlichen Kartellverfahrens – Mangelnde Befugnis eines Gerichts zur Abwägung relevanter Gesichtspunkte, einschließlich des Schutzes der in einem Kronzeugenverfahren gesammelten Beweismittel und des Grundsatzes der praktischen Wirksamkeit – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität – Art 19 Abs 1 EUV – Art 101 AEUV – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47

07.02.2013, Rs C-476/11, Kristensen (GA Kokott)

Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Richtlinie 2000/78/EG – Verbot der Diskriminierung wegen des Alters – Betriebliche Systeme der sozialen Sicherheit – Arbeitgeberbeiträge zur betrieblichen Altersvorsorge – Festbeitragssystem – Staffelung der Beitragshöhe nach dem Alter – Art 6 Abs 2 der Richtlinie – Reichweite der Ausnahme

07.02.2013, Rs C-20/12, Giersch ua (GA Mengozzi)

Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Gleichbehandlung – Soziale Vergünstigungen – Studienbeihilfe – **Wohnorterfordernis – Mittelbare Diskriminierung –** Ziel, den Anteil von Personen mit Hochschulabschluss zu erhöhen – **Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit des Wohnorterfordernisses**

07.02.2013, Rs C-6/12, P (GA Sharpston)

Staatliche Beihilfen – Steuervergünstigungen – Bestehende oder neue Beihilfe – Relevante Kontrollregelungen und Verfahrensvorschriften

C. Gericht

05.02.2013, Rs T-494/10, Bank Saderat Iran / Rat

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Restriktive Maßnahmen gegen Iran zur Verhinderung der nuklearen Proliferation – Einfrieren von Geldern – Begründungspflicht – Verteidigungsrechte – Anspruch auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz – Offenkundiger Ermessensfehler

07.02.2013, Rs T-84/07, EuroChem MCC / Rat

Dumping – Einfuhren von Lösungen von Harnstoff und Ammoniumnitrat mit Ursprung in Russland – **Antrag auf Überprüfung vor Auslaufen der Maßnahmen** – **Antrag auf Interimsüberprüfung** – Zulässigkeit – Normalwert – Ausfuhrpreis – Art 1, 2 und 11 Abs 1 bis 3 der Verordnung (EG) Nr 384/96 (jetzt Art 1, 2 und 11 Abs 1 bis 3 der Verordnung [EG] Nr 1225/2009)

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

07.02.2013, Beschwerde Nr. 16574/08, Fabris / Frankreich

Verletzung von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 1 1. ZPMRK** (Eigentumsfreiheit); Bf kamen trotz Einführung einer gesetzlichen Regelung, die **eheliche und uneheliche Kinder** gleichstellt, als nichteheliches Kind nicht dieselben **Erbrechte** zu wie seinen ehelichen Halbgeschwistern; **Rückwirkungsverbot** eines Gesetzes stellt zwar legitimes Ziel dar, das Verweigerung des Erbrechts rechtfertigen könnte, allerdings hier diskriminierende Ungleichbehandlung

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AFUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Wiss.-Mit. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck. **Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne

Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.